

Von der Escort-Navy zur Expeditionary-Navy?

(Fregattenkapitän Dr. phil. Christian Jentsch)

Es gilt das gesprochene Wort

Die Geschichte der Bundesmarine und der Deutschen Marine von 1956 bis 2016 stellt die bisher am längsten existierende deutsche Marine dar. Allein der Zeitraum seit der Wiedervereinigung ist genauso lang, wie die Existenz der Reichsmarine und der Kriegsmarine zusammen. Eine historische Aufarbeitung in Form einer Gesamtschau der Deutschen Marine hat es aber noch nicht gegeben, während die Kaiserliche Marine und die Kriegsmarine aneinander gereiht viele Meter in Bücherregalen füllen. Speziell der zeithistorische Aspekt von 1990 bis heute ist historiografisches Neuland, dem sich das ZMSBw erst langsam widmet. In diesem Vortrag kann ich Ihnen im Wesentlichen nur eine synoptische Darstellung der wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen anhand offizieller und offiziöser Dokumente, angereichert mit den Methoden der oral history geben. Der archivalische Erschließungszustand der Marinegeschichte ist derzeit in der Mitte der 90er Jahre angekommen und wartet darauf, ausgewertet zu werden. Das Thema sollte lauten von der Escort zur Expeditionary Navy, doch möchte ich das Ganze mit einem Fragezeichen versehen, warum, das werde ich Ihnen während der folgenden Ausführungen erklären.

Um die Bundesmarine der frühen 90er Jahre verstehen zu können, erscheint es mir wichtig kurz aufzuzeigen, was der Abholpunkt zur sogenannten Armee der Einheit 1990 war. Die Bundesmarine war 1989 eine tief in die NATO-Struktur integrierte Flotte mit einem durchaus ausgewogenem Aufgabenspektrum und einem heterogenen Aufbau. Eingebunden in die Strategie der Flexible Response MC 14/3 unterstanden dem COMNAV BALTAP in Form des FOG als Befehlshaber der Flotte ca. 80 Prozent der Bundesmarine. Diese Struktur blieb bis 1993 so erhalten und wurde dann in COMGERFLEET umbenannt. Für die Nordsee hatte das Kommando der COMGERNORTHSEA.

In konventionellen Operationen sollten die Seestreitkräfte der vereinten baltischen Rotbannerflotte soweit im Osten als möglich am Ausbruch aus der Ostsee gehindert werden. Als Vorverteidigung würden schon im Seegebiet östlich von Bornheim deutsche U-Boote und Marineflieger den Aufmarsch verzögern. Im weiteren Verlauf kämen die Flottillen der Schnellboote weiter im Westen zum Einsatz und als letzte Verzögerung war der massive Einsatz von Minen vorgesehen. Gleichzeitig würden in der Nordsee Fregatten und Zerstörer gemäß des concept of combined maritime operations

CONMAROPS im Nordatlantik und den angrenzenden Seegebieten an den Reforger-Konvoys zum Schutz vor russischen Unterwasser und Fliegerkräften teilnehmen. Die Hauptkräfte für diese Aufgaben waren die Zerstörer 101 und 103, die Fregatten Klasse 122, Schnellboote der Klassen 143 und 148, U-Boote der Klasse 206, Minenkräfte der Hameln-, Ensdorf- und Kulmbachklasse, Marinejagdbomber Tornado und Starfighter, Seefernaufklärer Breguet Atlantique, Sea King und Sea Lynx Hubschrauber. Als grundlegende Organisationsform dienten die sogenannten Typflottillen als prägendes Merkmal seit Bestehen der Bundesmarine. Beim Blick auf die Komposition der Flotte und vor allem der Aufgaben, kann hier nicht von einer Escort-Navy gesprochen werden, es handelte sich vielmehr um eine ausgewogene Marine mit dem Schwerpunkt auf der offensiven Küsten- und Randmeerverteidigung und lediglich einen kleinen Teil, der im Konvoydienst eingesetzt werden konnte.

Ein Umschwung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik war bereits während der sogenannten 2+4 Verhandlungen festzustellen, denn die zugesagte maximale Truppenobergrenze von 370.000 Soldaten läutete eine Phase der Truppen- und Materialreduktion ein, die bis 2016 andauern sollte. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der beginnenden Westintegration vieler ehemaliger Ostblockstaaten wurde der Effekt noch verstärkt, da die Bundesrepublik nur noch von Freunden umzingelt und kein Frontstaat im Kalten Krieg mehr war. In vielen NATO-Staaten wurde der Ruf laut, nach mehr als 30 Jahren dauernder Rüstung nun die sogenannte „Friedensdividende“ einzulösen und die Rüstungs- und Militärausgaben zu reduzieren. Eine weitere Hoffnung war eine Ära des Friedens und der Entspannung in der Welt.

Dies stand aber im Widerspruch zur globalen realpolitischen Entwicklung – wo in vielen Regionen nach dem Ost-West-Konflikt alte unterdrückte Spannungen zu Krisen, Konflikten und Kriegen wurden. Bereits 1990, noch bevor der 2+4 Vertrag unterzeichnet wurde, musste die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik Farbe zur zukünftigen Rolle der nunmehrigen zweitgrößten Militärmacht Europas bekennen, nachdem der Irak in Kuwait einmarschierte. Die öffentliche Meinung, die bisherige Praxis der „Scheckheftdiplomatie“ und die laufenden Vertragsverhandlungen ließen Deutschland erneut versuchen, ein militärisches Engagement zu verhindern. Allerdings forderten die USA explizit eine deutsche militärische Unterstützung. Dies war Wasser auf die Forderungen des Verteidigungsministers Gerhard Stoltenberg und des Generalinspektors Dieter Wellershoff nach einer Umwandlung von der Landesverteidigung hin zu internationalen Einsätzen, die von den Nachfolgern Volker Rühle und Klaus Naumann auch mitgetragen wurden. Wenig

verwunderlich erhielt die Bundemarine am 11. August 1990 den Auftrag, einen Minenabwehrverband zur Entlastung der Verbündeten und etwaiger Minenverseuchung am nördlichen Ausgang des Suez-Kanals ins Mittelmeer zu entsenden. Bereits am 15. August verließ der Verband aus 5 Minenabwehreinheiten und 2 Unterstützungsschiffen Wilhelmshaven in Richtung Souda Bay auf Kreta. Während sich abzeichnete das im Mittelmeer nicht mit einer realen Minenbedrohung zu rechnen war, wurde die Zeit für Ausbildung und Übung genutzt. Nach dem Ende der Kampfhandlungen erteilte die Bundesregierung am 28. Februar 1991 den Auftrag, den Verband als Operation „Reinschiff“ in Richtung Persischen Golf zu verlegen. Vor Ort wurde der Verband durch Troika- Systeme, drei Sea King Hubschrauber und zwei Öl-Do verstärkt. Mit dem Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft am 1. Juli übernahm der deutsche Verbandsführer die Aufgabe der Koordination aller 8 vor Ort befindlichen Nationen. Obwohl es sich bei dem Räumen von Minen um eine lebensgefährliche Aufgabe handelte und die Operation außerhalb des NATO-Vertragsgebietes im internationalen Rahmen lief, handelte es sich bei der nunmehrigen Operation „Südflanke“ in der politischen Rechtfertigung nicht um eine militärische Operation, sondern um humanitäre Hilfe.

Als logistischer Abstützpunkt wurde Manama in Bahrain gewählt. Das größere Saudi Arabien schied wegen politischer Bedenken und eines stärker religiös geprägten Lebensstils aus. Erstmals in der bundesdeutschen Marinegeschichte wurden Boote so weit entfernt von ihrer Heimatbasis eingesetzt. Neben einigen logistischen Schwierigkeiten stellten sich auch Probleme im Verständnis der Wehrverwaltung und der entsendenden Verbände, da für solche Operationen noch keine Vorschriften und Verfahren existierten. Eines der Hauptprobleme waren die klimatischen Bedingungen vor Ort, denn die Einheiten der Bundesmarine waren für Nord- und Ostsee und nicht für tropische Gewässer gebaut worden. Im Ergebnis konnten die Männer der Marine aber ihre Fähigkeiten im Kampf gegen Minen der neuesten Generation an der Seite ihrer Verbündeten zeigen und erwarben sich in der Minenabwehrgemeinschaft eine hohe Reputation beim Räumen der italienischen Manta-Minen. Bis zum Ende des Einsatzes am 15. September 1991 räumten die Alliierten mehr als 1250 Minen im Seegebiet unter zum Teil widrigsten Umständen. Insgesamt kann der Einsatz als Erfolg bezeichnet werden, auch wenn die Bundesrepublik wegen der Verweigerung von Kampfeinsätzen eine Summe von mehr als 17 Mrd. DM an ihre Verbündeten zahlte.

Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, bestand die Aufgabe der Bundesmarine auch darin, das Personal und Material der ehemaligen Volksmarine zu übernehmen oder abzuwickeln. Während fast das gesamte Material abgewickelt oder verkauft wurde, fand ein geringer Anteil ehemaliger „Feinde“ neue Funktionen in der

Bundeswehr. Aus den infrastrukturell am Boden liegenden neuen Bundesländern sollte sich aber wegen der hohen Arbeitslosigkeit von zum Teil mehr als 25% ein großer Anteil neuer Marineangehörige rekrutieren, der proportional deutlich über dem relativen Bevölkerungsanteil lag.

Nach der Petersberger Konferenz und den Beschlüssen zu „out of area“ Einsätzen der NATO wurden 1992 neue Verteidigungspolitische Richtlinien erlassen, die der neuen Außen- und Sicherheitsarchitektur Rechnung trugen. Die Bezugsgröße zur Definition einer Verteidigungspolitik sollten in Zukunft die nationalen Interessen Deutschlands sein. Schon damals wurde herausgestellt, dass die Bundesrepublik ob ihrer Industrie abhängig vom Im- und Export über See war und eine Störung des internationalen Systems maßgeblich retardierend auf die deutsche Industrie wirkte. Als Hauptgefahren wurden zerfallende Staaten an der europäischen Peripherie und Unsicherheiten in Regionen deutscher ökonomischer Interessen identifiziert. Im Hinblick auf die Haupthandelsrouten war die Bundesrepublik in der komfortablen Situation, dass diese durch die US-Navy kontrolliert wurden. Aber das zerfallende und in einen Bürgerkrieg driftende Ex-Jugoslawien würde die Marine vor ihre nächste große Aufgabe stellen. Im Sinne des in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vorherrschenden Konzeptes des Multilateralismus beteiligte sich die Bundesmarine unter der CDU/FDP Regierung ab dem 16. Juli 1992 an der NATO-Operation MARITIME MONITOR und der WEU Luftaufklärung SHARP VIGILANCE, die nach der UN-Sicherheitsrats-Resolution 787 im November zu MARITIME GUARD und SHARP FENCE umbenannt wurde. Am 15. Juni 1993 wurden beide Operationen dann zu SHARP GUARD zusammengelegt. Die maritimen Streitkräfte hierfür kamen aus den STANAVFORMED und sogar STANAVFORLANT. Im Laufe der Operation stieg der deutsche Beitrag in der Adria immer stärker auf teilweise ständig zwei Zerstörer/Fregatten, drei MPA und einen Betriebsstofftanker an. Allerdings waren die deutschen Schiffe nicht immer gern in ihren Boxen gesehen, denn wegen des Vorbehaltes bezüglich § 87a war der Einsatz militärischer Gewalt außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes nicht erlaubt. Das bedeutete für die Kommandanten der embargoüberwachenden Einheiten, dass im Falle einer nicht-Kooperation keine Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden durften. Die Bundesmarine glich dieses Handicap durch das Angebot von Betriebsstoffschiffen im Einsatzgebiet aus, bis rechtliche Klarheit für mehrere offene Fragen dieser Art am 12. Juli 1994 durch das Bundesverfassungsgericht geschaffen wurde. Ab diesem Zeitpunkt wurde auch die Boardingkompanie des Marinesicherungsбатаillons, das sich bereits seit einiger Zeit darauf vorbereitete, aktiv im Boarding eingesetzt. Mitauslöser für das Urteil des Verfassungsgerichtes war ein weiterer Marineeinsatz in noch entfernteren

Gewässern.

SHARP GUARD dauerte bis zum 19. Juni 1996. Während der Operation wurden durch die Verbündeten ca. 75000 Schiffe abgefragt, 5900 durchsucht und 1416 zur Durchsuchung umgeleitet. Erneut wurden Einheiten der Bundesmarine in Seegebieten eingesetzt, für die sie nicht konstruiert worden waren. Und erneut mussten logistische Verfahren ausgebaut werden, um die Schiffe durchhaltefähig fern der Heimat zu versorgen. Ein deutlicher Nachteil der langen Tätigkeit im Embargoereinsatz war der monotone Tagesdienst und der damit verbundene Kompetenzverlust in den nicht genutzten Warfare-Areas und Intensitäten.

Zu Beginn der 90er Jahre setzte die Bundesregierung nicht nur auf die NATO, sondern setzte auch auf ein verstärktes Engagement in den UN. Zeichen dieser Entwicklung war die deutsche Teilnahme an UNOSOM II, wo die Bundeswehr mit einem verstärkten Logistikbataillon eine indische Brigade unterstützen sollte. Als humanitäre Operation sollten Kampfhandlungen strikt vermieden werden. Doch nach der sogenannten „Schlacht von Mogadishu“ am 3./4. Oktober 1993 beschlossen die USA und weitere NATO-Nationen bis Ende 1994 März alle Truppen aus Somalia abzuziehen. Auch die Bundesregierung schloss sich dieser Entwicklung an. Am 21. Dezember 1993 ließ sie die Evakuierung des Kontingentes von mehr als 1300 Heeressoldaten durch die Marine prüfen. Nach dem Rückzug des Planes am 31. Dezember erging dann am 21. Januar 1994 der tatsächliche Auftrag zur Rückführung des Kontingentes durch den Bundesverteidigungsminister. Die Fregatten KÖLN und KARLSRUHE, der Tanker SPESSART und das TROSSSCHIFF NIENBURG bildeten den Verband zur Operation SOUTHERN CROSS. Am 11. Februar des Jahres stand die KÖLN bereits vor Mogadishu und begann am Folgetag mit der Evakuierung nach Mombasa. Die Lage vor Ort verschärfte sich nachdem die italienischen und US-amerikanischen Truppen Mogadishu am 08. März verlassen hatten, wobei es in der Einschiffungszone zu Handwaffen- und auch Mörserbeschuss kam. Deshalb wurde das letzte Kontingent von 180 Soldaten am 18. März auch per Hubschrauber an Bord geflogen und am 22. März in Djibouti ausgeschifft, womit die personelle Evakuierung abgeschlossen war. Am 14. April liefen die beteiligten Schiffe wieder in ihre Heimathäfen ein. Auch wenn der Einsatz glücklich verlief offenbarte er viele Defizite im teilstreitkraftgemeinsamen agieren. Es war wegen unterschiedlicher Führungssysteme nicht möglich, vor Ort auf sicheren Leitungen zu funken, weil das Heer ein eigenes Führungssystem hatte und die Marine auf dem NATO-Standard arbeitete. Weil noch kein eigenes Joint-Command vorhanden war, mussten alle koordinierenden Informationen und Gespräche über das Verteidigungsministerium zwischen Flottenkommando, III Korps und Führungsstab des Heeres laufen. Die Luftfahrzeuge des Verbandes konnten die Sicherung

nur mit Handfeuerwaffen aus den Ladetoren der Lynx durchführen, wofür es keine adäquaten Verfahren bis zu diesem Zeitpunkt gab. In der Folge forderte der Generalinspekteur Naumann ein Joint-Führungskommando, die Interoperabilität der Führungsverfahren und ein Vielzweckschiff für eigenständige Evakuierungsoperationen vor fremden Küsten, die sogenannte „Arche Naumann“.

Das am 1. Juli 2001 geschaffene Einsatzführungskommando kann als ein fernes Ergebnis dieses Einsatzes angesehen werden.

In der Mitte der 90er Jahre äußerte sich das Streben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darin, die deutsche Stellung in der NATO und der UNO zu stärken. Ein Ausdruck dessen war das immer wieder artikulierte, aber nie konsequent umgesetzte Streben nach einem Sitz im UN- Sicherheitsrat. Darüber hinaus begann eine bis heute andauernde Emanzipation gegenüber den ehemaligen Großmächten Frankreich und Großbritannien. Diese Entwicklung konnte nur zur Folge haben, dass sich Deutschland in Zukunft auch mit einem militärischen Beitrag an den Operationen dieser Länder und Organisationen beteiligen würde. Ganz im Sinne dieses Multilateralismus ist dann auch die Beteiligung der Marine an der Operation ALLIED FORCE 1999 zu sehen. Die nunmehrige Deutsche Marine entsandte einen Zerstörer, zwei Fregatten und ein Flottendienstboot, wobei das Einsatzgebiet schon von SHARP GUARD her bekannt war.

Beim Blick auf die ersten zehn Jahre nach der Wiedervereinigung ist festzustellen, dass die Deutsche Marine stark in Operationen eingebunden war, die als Expeditionary angesehen werden können, aber dabei Material verwandte, das für den Kalten Krieg im Nordatlantik geschaffen wurde, für den eingangs angesprochenen Escort Dienst. Während das Material eben noch dem Szenario der vorhergehenden Dekaden entsprach, wurden aber bereits Verfahren entwickelt, die abgesetzte Operationen weit entfernt von der heimischen Küste ermöglichten. Das trifft auf die logistische Versorgung in den Einsatzländern und den Kontakt zu zivilen Behörden und das Nachrüsten der Einheiten mit modernen Satellitenkommunikationseinrichtungen und Internetbefähigung zu. Darüber hinaus unterstütze die Marine auch ein deutsches Projekt für Aufklärungssatelliten, um eine gewisse Autarkie auch in diesem Bereich zu erlangen. Logistische Sicherheit auf See und eine längere Einsatzdauer finden ihren Ausdruck in den ab 2001 in Dienst gestellten Einsatzgruppenversorgern, die zu einem Erfolg der Deutschen Marine wurden.

Den neuen Einsatzrealitäten trug nach den Truppenreduktionen der 90er Jahre dann die Weizsäcker-Kommission unter der rot-grünen Regierung Rechnung. 2000 lagen die Ergebnisse vor und wurden nach Rudolf Scharpings Eckpfeiler-Papier unter Generalinspekteur Harald Kujat umgesetzt. Ziel sollte es sein, dass die Bundeswehr

zeitgleich zwei mittlere oder eine große Operationen (SFOR und KFOR standen dabei wohl Vorbild) bestreiten konnte, während parallel dazu kleinere Mission möglich waren. Um das zu ermöglichen wurden die Streitkräfte in Eingreif- und Reaktionskräfte 150.000 und Unterstützungskräfte 108.000 unterteilt, sowie die Streitkräftebasis und der zentrale Sanitätsdienst geschaffen. Letztere hatten die Aufgabe, Marine, Heer und Luftwaffe in den Feldern Logistik- und Führungsfähigkeit zu unterstützen und somit zu entlasten. Das schon erwähnte Einsatzführungskommando sollte die Operationen zentral führen. Nebenher rückte der JOINT-Aspekt auch stärker in den Fokus als bisher. Seit der Wiedervereinigung handelte es sich damit um die strukturell größte Veränderung der Bundeswehr. In dieselbe Zeit fällt das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, weshalb Scharping 2001 fast alle Tätigkeitsfelder für Frauen in der Bundeswehr öffnete.

Mit den Anschlägen vom 11. September des gleichen Jahres änderte sich die sicherheitspolitische Lage erneut dramatisch und die kommende Dekade wurde vom Kampf gegen den Terror bestimmt. Noch bevor die ersten Truppen des Heeres an ISAF teilnahmen, entsandte die Marine Einheiten zu den Operationen ACTIVE ENDEAVOUR (OAE) im Mittelmeer und ENDURING FREEDOM im Roten Meer und dem Golf von Aden.

Speziell OAE war eine Escort-Operation, bei der auch wieder seit langer Zeit Konvoys zum Einsatz kamen. Dieser Einsatz in europäischen Gewässern kann kaum als Expeditionary angesehen werden. Hier kamen sogar Schnellboote und nicht nur Schiffe erfolgreich zum Einsatz, da küstennah operiert werden konnte. Erst im Juli dieses Jahres wurde OAE beendet und in SEA GUARDIAN umgewidmet, also den neuen Bedürfnissen angepasst. Mit ähnlichen Aufgaben versehen, aber fernab von NATO- oder WEU- Gewässern verrichtete seit 2002 die TF-150 bei OPERATION ENDURING FREEDOM (OEF) ihren Dienst in infrastrukturell unterentwickelten Regionen. Weil keine entwickelten Häfen zur Verfügung standen, war mit der Marinelogistikbasis Einsatzland MLBE in Djibouti eine adäquate Lösung geschaffen worden, die sich mit eigenen logistischen Aspekten auf ein sicheres Land abstützen konnte. Dennoch mussten beispielsweise für den Helikopterflugbetrieb vor Ort erhebliche infrastrukturelle und auch logistische Hürden gemeistert werden. Auch die Einsatzgruppenversorger fanden hier erstmals ihren operativen Einsatz und leisteten gute Dienste. Dieser Teil der Einsatzgeschichte kann durchaus als Expeditionary bezeichnet werden, da hier aus eigener Fähigkeit heraus lange unabhängig im Verbund mit unseren Alliierten operiert werden konnte. Bis 2009 übernahm die Deutsche Marine sechsmal die Funktion des kommandierenden Admirals vor Ort und passte ihre materielle Beteiligung zum Ende hin sukzessive den Bedürfnissen vor Ort an,

wobei sie als eine der wenigen Marinen permanent mit eigenen Kräften vor Ort war. Im Jahr 2010 endete dann mit dem Auslaufen des Bundestagsmandates die langjährige Teilnahme der Deutschen Marine an der OEF.

Der Fokus auf expeditionäre Fähigkeiten war ein Trend der Mitte der frühen 2000er Jahre, der nicht unerheblich aus den Erfahrungen des Afghanistan- und des Irakkrieges gespeist wurde. Demzufolge erschien es als folgerichtig, über Einheiten nachzudenken, die in der Lage waren, lange in Krisen-Konfliktszenarien zu agieren. Gleichzeitig schienen althergebrachte Konflikte in Europa noch weiter in die Ferne gerückt als bisher und die Männerfreundschaft zwischen Putin und Schröder schien fester Ausdruck dieser positiven Entwicklung zu sein, gleichwohl Russland an seiner südlichen Peripherie durchaus eine konstante Großmachtpolitik verfolgte. Eingebettet in das seit 2003 Gestalt annehmende Konzept zur Transformation der Bundeswehr war die Formulierung und Nutzung des „Expeditionary Navy“ Begriffes. In der Konzeption der Bundeswehr wurden folgende Aufgaben definiert:

1. Internationale Verpflichtungen Deutschlands,
2. Teilnahme an Friedensoperationen,
3. Rettungs- und Evakuierungsoperationen und
4. Schutz Deutschlands und seiner Bürger.

Als Transformation sollte nach Auffassung Strucks nicht eine neue Reform, sondern ein beständiger Prozess des Anpassens des Militärs an die sich schnell und ständig ändernden Rahmendaten gesehen werden. Genau dieser prozessuale Charakter schien einem großen Teil des Offizierkorps schwer verständlich zu sein, denn klassischer Weise wird in einem Vorhaben ein angestrebter Zustand und kein sich wandelnder Prozess als Ziel verstanden. Den Rückhalt in der Truppe hatte die Transformation deshalb schnell verloren, obwohl wesentliche einsatzunterstützende Veränderungen stattfanden. Als Folge für die Marine muss die althergebrachte Aufgabe der Typflottillen zu Gunsten der Einsatzflottillen gelten, deren Umstrukturierung 2006 erfolgte. In diesen Reformprozess fiel auch der Verlust der Fähigkeit der Seekriegführung aus der Luft durch Aufgabe des Marinefliegergeschwader 2 in 2005. Das Konzept der Expeditionary Navy sah vor, dass die Kräfte der Marine sowohl gegen konventionelle Gegner als auch gegen die asymmetrische Bedrohung eingesetzt werden können. Fast alle maritimen Einheiten waren NATO-assignt und die Deutsche Marine war in allen vier Standing Naval Forces vertreten. Zwischen 2001 und 2010 wurde auch weiter Personal reduziert, wobei der Umfang der Bundeswehr von 302.200 auf 206.000 Soldaten reduziert wurde. Davon entfiel der größte Teil auf die schlecht in die Auslandseinsätze zu integrierenden Wehrpflichtigen, wobei in der Marine ein recht hoher Anteil von Freiwillig Dienst

Leistenden festzustellen war. Paradoxerweise war das Ziel der Transformation eine Anpassung an die sicherheitspolitische Realität und zielte auf eine hohe Einsatzbereitschaft der Truppe ab, wobei gut ausgebildete professionelle Streitkräfte teuer sind, aber dennoch wurden keine höheren Finanzmittel bereitgestellt. Deshalb häuften sich die auch an Journalisten verlautbarten Bedenken bezüglich der Unterfinanzierung der Bundeswehr.

Eine erste zögerliche Anpassung des Haushalts fand 2009 statt.

Als vorläufiger Höhepunkt des expeditionären Gedankens kann die Konzeptionelle Grundvorstellung (KGv) „Die See als Basis für Streitkräftegemeinsame Operationen – Basis See“ vom Dezember 2007 gelten. Das deutsche Konzept lehnt sich dabei sehr stark an das US- amerikanische Denken des Seabasing, Expeditionary Warfare und Power Projection an. Aber gerade im Bereich des sustained und long lasting sind wesentliche Differenzen und Fähigkeitslücken festzustellen. Solange es sich um eine relativ sichere Umgebung im angrenzenden Einsatzgebiet handelt, kann die Deutsche Marine auf Gesicherten Gewerblichen Strategischen Seetransport zurückgreifen, doch die Fähigkeit Gesicherte Militärische Seeverlegefähigkeit ist nur embryonal ausgeprägt, ebenso die Fähigkeit gegen feindlichen Willen Truppen sicher an Land zu verbringen. Die Grenzen dessen wurden 2005 deutlich, als der EGV BERLIN vor der Elfenbeinküste für eine nationale Evakuierungsoperation bereit stand. Gleichwohl zeigte dieser Einsatz auch, zusammen mit der Desaster Relief Operation Anfang 2005 nach dem Tsunami von Banda Aceh, dass die Deutsche Marine durchaus schnell und flexibel mit diesem Asset reagieren konnte.

2006 wurde ein Einsatz erweitert, der als älteste noch bestehende UN-Operation gilt: UNIFIL wurde durch robustes Mandat zu UNIFIL II. In der Anfangsphase des Einsatzes beteiligte sich die Deutsche Marine massiv mit 2 Fregatten, 1 Einsatzgruppenversorger, 1 Tender und bis zu 4 Schnellbooten. Sukzessive wurde der Einsatz reduziert und die Beteiligung auf Minenjagdboote und Tender reduziert. Auch in diesem Einsatz konnten sich die Streitkräfte vor Ort auf den sicheren Hafen Pafos abstützen, der als Logistikkbasis dient. 2006/2007 kam es in internationalen Gewässern mehrfach zu Zwischenfällen mit israelischen Jagdbombern und Schnellbooten, die auch zu diplomatischen Spannungen führten. So wie es scheint, gingen die Aggressionen jedes Mal von der israelischen Seite aus. Der Verband wurde von 2006 bis 2008 und 2009 von deutschen Flaggoffizieren geführt.

Failing States und der internationale Terrorismus ließen in Ostafrika ein Problem entstehen, dass sehr bekannt, aber in der Öffentlichkeit gleichzeitig antik klingt – Piraterie. In dem für die Deutsche Marine wichtigen Fall war es Somalia, das sich zum Rückzugsort für ein immer dreister auftretendes Piratenproblem entwickelte. Seit 2008 findet dort nun die

WEU-Operation ATALANTA statt. Ähnlich wie bei SHARP GUARD und ALLIED FORCE war das Seegebiet bereits von OEF bekannt. Und so verwundert es auch nicht, dass die logistische Abstützung erneut von Djibouti aus erfolgt. Der Höhepunkt scheint 2011 erreicht gewesen zu sein, seitdem sind die Zahlen der Piratenangriffe stark rückläufig und fielen 2015 sogar auf 0. Ähnlich wie bei OEF sind die Streitkräfte dort in der Stärke dem Auftrag angepasst eingesetzt und die Deutsche Marine stellte dort 2011, 2014 und 2016 einen Admiral mit seinem Stab als Befehlshaber in See. Geführt wird die Operation von einem britischen Flaggoffizier in Northwood.

Materiell hat sich die Marine in den zwei Jahrzehnten von 1990 bis 2010 in erster Linie dahingehend verändert, als dass zuerst das Material der Volksmarine abgewickelt und dann das der Bundesmarine aufgezehrt wurde. Erste wirklich neue, den Einsatzaufgaben angepasste Rüstungsprojekte scheinen die Fregatten der Klasse 125, die Korvetten der Klasse 130 und Einsatzgruppenversorger zu sein. Die Schiffe der SACHSEN Klasse sind im Wesentlichen noch in der Anlage den Reformaufgaben verhaftet, konnten aber wie im Falle der HESSEN 2010 erfolgreich die Interoperabilität mit US-amerikanischen Flugzeugträgern unter Beweis stellen. Im Bereich der Marineflieger wurden die Lebenszeiten der Luftfahrzeuge immer weiter verlängert. 2006 wurden als Ersatz für die Breguet Atlantique 8 P-3C Orion erworben, deren gebrauchte Strukturen teilweise deutliche Defizite aufwiesen und den Bereitschaftszustand bis zur Ausbesserung belasteten. Das Personal der Deutschen Marine hat sich von mehr als 30.000 Mann auf derzeit ca. 16.087 reduziert. Dazu kommen noch die Marineuniformträger in der SKB und ZSan.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Marine im Zeitraum von 1990 bis 2010 stark verändert hat, aber nicht von einer Escort Navy aus, denn das war sie nie. Von der materiellen Perspektive hatte sie 2010 eine stärkere Escort Prägung als je zuvor. Derzeit laufen die Typen an Einheiten zu, die eine Expeditionary Navy am unteren Ende der Intensitätsskala, also vor allem im asymmetrischen Umfeld, erlauben. Dennoch fehlen gerade im Bereich des Wirkens als Expeditionary Navy wesentliche logistische Elemente, wie die gesicherte militärische Seeverlegfähigkeit und ein Joint Support Ship, auch wenn bei letzterem in der Kooperation mit den Niederlanden auf bilateraler Ebene am Ausgleich gearbeitet wird. Dazu müssen auch erst noch Verfahren zum wirklichen Joint Einsatz mit Heereskräften an Land in der Luft erarbeitet werden.

Was die Deutsche Marine in den 20 Jahren aber geleistet hat, war, mit Personal und Material, das in erster Linie für den kalten Krieg vorbereitet wurde, und noch sehr lange für konventionelle Konflikte ausgebildet wurde, erfolgreich Einsätze in einem expeditionary Umfeld durch hohe Professionalität und Improvisation zu bestreiten. Mit high intensity

Material wurden nun mehr als 2 Jahrzehnte lang Krisen- und Konfliktmanagement Einsätze bestritten und aktuell formt sich die Deutsche Marine stärker zu einer Expeditionary Navy denn je.

Es bleibt zu hoffen, dass das aktuelle und zukünftige Personal lange in dieser Rolle agieren kann und nicht in neuen konventionellen Konflikten gegen Gegner mit hohem Bedrohungspotenzial in europäischen Gewässern agieren muss.

Vielmehr ist festzustellen, dass innen-, außen-, und sicherheitspolitische Veränderungen eine Adaption der Bundeswehr und der Deutschen Marine erfordern und anscheinend eine Transformation als zyklische Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen nachhaltiger ist als Ausrichtung auf ein Konfliktszenario oder eine Operationsform.

Wenn das gewählte Material mehr als 3 Jahrzehnte in Nutzung bleibt, dann wird das die einschränkende Konstante der Zukunft sein.